

**14. Juni, 19 Uhr**  
Große-Leege-Straße 103  
**PDS-Basistreffen**  
**(Wahlkampfauftakt)**



## Danke für das Non

von Jörg Rückmann

*Die Franzosen haben Nein gesagt zum EU-Verfassungsentwurf. Niederländer und Briten wollen es ihnen nachtun. Diese neoliberale Verfassung wird es so nicht geben.*

*Auf allen Nachrichtenagenturen laufen erste Analysen für dieses Non. Die deutschen Politikspitzen von CSU bis Grüne reden vom Abbremsen der europäischen Entwicklung, dass einer der Motoren Europas einen Kolbenfresser bekommen habe, ob und wie es ein Europa ohne Frankreich geben kann oder wird usw. usf. Vor allem aber behaupten sie, dass die Bevölkerung nicht begriffen habe, worum es bei dieser Volksabstimmung ging. Dieses Nein werfe Europa um Jahre zurück. Alles Europagegner! Die Arbeitsplätze, ja die ganze soziale Entwicklung und die längste Friedensetappe auf dem Kontinent ... Die Leute begreifen es einfach nicht.*

*Keiner, aber auch wirklich keiner dieser Oberschlaunen kommt auch nur annähernd auf die Idee, dass einfach nur dieser Verfassungsvertrag schlecht sein könnte. Keiner verschwendet auch nur einen winzig kleinen Gedanken daran, dass das Wie der Entstehung dieses Vertragsentwurfs für das französische Nein eine Rolle gespielt haben könnte. Keiner!*

*Oder sind wir wirklich einfach zu doof für Europa? Mir könnte man goldene Eier und gebratene Tauben versprechen – wenn ich gleichzeitig eine verfassungsmäßig verordnete Militarisierung mitschlucken muss, lehne ich jeden Vertrag ab. Da es in Deutschland keine Volksabstimmung gibt, freue ich mich auf die Niederländer und Briten.*

## Öffentliche Daseinsvorsorge

„Die Berliner PDS garantiert die staatliche Daseinsvorsorge bei der Bildung und Erziehung unserer Kinder“, erklärte Christian Petermann, jugendpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, auf der letzten BVV-Tagung am 25. Mai.

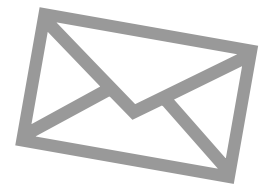
Mit den Bezirken Pankow und Marzahn-Hellersdorf soll die Vorbereitung des Kita-Eigenbetriebes bis zum 1. Januar 2006 abgeschlossen werden. Die Betriebsgründungen sind eine Schlussfolgerung aus der erfüllten Koalitionsvereinbarung, wonach 66 % der Kitas in Freie Trägerschaft zu überführen waren. Per 1. Juni sind in Lichtenberg 50 der 77 Kitas 28 Freien Trägern übertragen. Sie leisten für mehr als 5500 Kinder einen anerkannten Beitrag zur Erfüllung sozialstaatlicher Aufgaben. Die ande-

ren der derzeit 8250 für Kitas angemeldeten Lichtenberger Mädchen und Jungen verbleiben in direkter kommunaler Obhut von 28 Kindertagesstätten.

Diese unverzichtbare sozialstaatliche Komponente sichert u.a. eine neutrale, ideologie- und konfessionsfreie Erziehung, gewährleistet den Eltern Wahlfreiheit, hält ausreichende Kapazitäten vor, damit auch weiterhin jedem Kind, dessen Eltern es möchten, ein wohnortnaher Kitaplatz angeboten werden kann. „Deshalb werden wir allen Versuchen der CDU nach völliger Kitaprivatisierung eine Abfuhr erteilen“, so Petermann. „Die Kitaversorgung durch den öffentlichen Dienst zu gewährleisten, ist unverzichtbar für den sozialen Frieden in der Stadt.“  
*Joachim Pampel*

## In dieser Ausgabe

- Ein offenes Wort (Seite 2)
- Wahlkampfzeit (Seite 2)
- Kiez gegen rechts (Seite 3)
- Zukunftskonferenz der Volkssolidarität (Seite 3)
- Interview mit Uwe Doering (Seite 6)
- Mehr Linke ins Parlament (Seite 7)



## Ein offenes Wort

Daran hatte keiner mehr geglaubt: Auf der Senatssitzung am 24. Mai hat Harald Wolf das „Nein“ der PDS-Senatoren zum EU-Verfassungsvertrag artikuliert. Wochenlang hieß es, Stimmenthaltung sei das einzig Wahre. Woher der plötzliche Sinneswandel – späte Einsicht in die Richtigkeit des in Bundesbeschlüssen und im EU-Wahlprogramm der PDS festgelegten Nein oder der stetig wachsende Druck innerhalb und außerhalb der PDS? Oder war es letztlich wieder mal eine taktische Eingebung, sich „elegant“ aus der innerparteilichen Kritik zu mogeln?

Unerfindlich bleibt, warum die Koalitionsvereinbarung, die bei solchem Partner-Dissens Stimmenthaltung für das Land vorsieht, ohne Not aufgegeben wurde. Schwerin hat gezeigt, dass es anders ging.

Für die Berliner Landes-PDS ist es beschämend, dass der Gedanke der Solidarität mit den Gegnern dieses Verfassungsvertrages keine Rolle spielte. Er war für die Ja-Sager ohne Belang.

Ansehens- und Glaubwürdigkeitsverlust sowie Parteiaustritte sind die Folge. Und Wähler lassen sich auf diese Weise auch nicht gewinnen. Aber die Zeiten eines Kurt Hager, der den Gegangenen keine Träne nachweinen wollte, sind vorbei. Ob Claus oder Undine, jeder Austritt tut uns weh, lässt die Partei an kritischen Geistern verarmen! Das nicht bedachte Paradoxe an diesen Austritten: Sie sind als individueller

Protest gegen diese Politik gedacht, stärken diese aber letztlich, indem innerparteiliche Kritik zum Beispiel an der Unredlichkeit der Argumentation der Verfassungsbeurwörter schwächer wird.

Es braucht gewiss viel guten Willen aller, diese vertrackte Situation aufzulösen, zumal der Wahlkampf schon begonnen hat. Rasche Heilmittel gibt es nicht. Doch wäre schon viel gewonnen, wenn alle, auch die, die jetzt resignieren wollen, mit dafür sorgen, dass durch mehr Demokratie und mehr Transparenz in der Partei der Eindruck getilgt werden kann, in der Berliner PDS gebe eine kleine Gruppe die Richtung vor, der alle zu folgen hätten. Die Personalunion von Landesvorsitz und Fraktionsvorsitz schränkt die demokratischen Möglichkeiten in der Berliner PDS ein und sollte möglichst rasch beendet werden.

Schließlich: Es stehen Wahlen vor der Tür. Jemand wies mich in einer Debatte allen Ernstes darauf hin, die Mandatsträger seien nur ihrem Gewissen verantwortlich und an Parteibeschlüsse nicht gebunden. Sind sie einmal gewählt, kann ihnen schnurz sein, was die Partei beschließt. Formaljuristisch stimmt das, aber wer darauf pocht, degradiert die PDS zum Wahlverein für bestimmte Personen, wie es andere Parteien längst sind. Sorgen wir deshalb gemeinsam dafür, dass sich die Kandidaten, die sich in unserem Bezirk zur Wahl stellen, von einer anderen Ethik leiten lassen!

*Manfred Niklas*

## Wahlkampfzeit

Das Hauptthema des Basistreffens am 24. Mai rückte in den Hintergrund, dafür wurden die innerparteiliche Auseinandersetzungen zur EU-Verfassung und der bevorstehende Wahlkampf heiß diskutiert. Klaus Lederer konnte m.E. die vielen Fragen im Zusammenhang mit der EU-Verfassung und der Politik von Rot-Rot in Berlin überzeugend beantworten. In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Parteivorstandes vom 23. Mai haben die drei PDS-Senatoren am 24. Mai mit Nein votiert.

Seit der Wahl in NRW ist die politische Situation im Lande eine völlig andere. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahlen müssen ab sofort die Wahlkampfstrukturen aktiviert, Zeitpläne geändert und Personalfragen vorbereitet werden. Der Bezirksvorstand schlägt vor, das für den 14. Juni (um 19 Uhr, Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103) geplante Basistreffen als Auftakt zum Wahlkampf zu nutzen. Jetzt müssen wir all unsere Kräfte und Ressourcen für den Wahlkampf mobilisieren und alles einem Ziel unterordnen: Wiedereinzug der PDS in den Bundestag in Fraktionsstärke. Das Basistreffen stimmte mich und die meisten Teilnehmer diesbezüglich optimistisch. Jede und jeder ist gefragt, auch in den Sommermonaten.

*Wolfgang Schmidt*

## Danke für die Spenden!

Die diesjährige Haus- und Straßensammlung in Lichtenberg erbrachte ein hohes Ergebnis: 85 725,99 EUR. Daran waren fast 600 Sammlerinnen und Sammler beteiligt. Für die hohe Einsatzbereitschaft sowie für die Freigebigkeit aller Spender bedankt sich der Bezirksvorstand der Volkssolidarität ganz herzlich.

Das gesammelte Geld wird zur Hilfe für sozial Benachteiligte, zur Unterstützung unserer sozio-kulturellen Projekte (u. a. Begegnungsstätten), zur Nachbarschaftshilfe für Kranke, Behinderte und Vereinsamte und auch zu Hilfsaktionen für verschiedene Kinderheime in Russland verwendet. Darüber hinaus werden die Einnahmen für die Mitfinanzierung der umfangreichen ehrenamtlichen Arbeit des Verbandes eingesetzt.

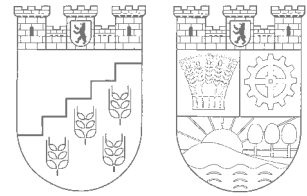
Am 24. Oktober 1945 wurde die Volkssolidarität als helfende Volksbewegung gegen die Auswirkungen des 2. Weltkrieges in Dresden gegründet. In diesem Jahr begeht sie ihren 60. Jahrestag. Der Bezirk Lichtenberg wird am 17. September 2005 im Tierpark diesen Geburtstag öffentlich feiern und lädt dazu alle Bürgerinnen und Bürger recht herzlich ein.

*Ingrid Menzel, Bezirksvorsitzende*



*Foto: Jörg Rückmann*

Bürger und Politprominenz feierten am 7. Mai mit einem internationalen Volksfest vor dem Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst den Tag der Befreiung.



## Kiez gegen Rechts

Von Dr. Steffi Schulze, MdA

Nach der Veröffentlichung der Studie der Senatsverwaltung für Inneres im April 2005 „Rechte Gewalt in Berlin“ wurde Lichtenberg neben anderen Orten in Berlin wiederholt als ein Ort von aktionsorientiertem Rechtsextremismus und rechter Gewalt beschrieben. Das Bezirksamt, die BVV, Vereine und Bündnisse gegen Rechts haben seit 2004 ein Aktionsprogramm und viel unternommen, um gemeinsam im Bezirk Gegenstrategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verankern. Der Kiez Frankfurter Allee-Süd ist dabei einen neuen Weg gegangen.

Am 3. Mai fand in der „Kiezspinne“ die erste Kiezkonferenz unter dem Titel „Handeln vor Ort gegen Rechtsextremismus“ statt. Initiatorinnen waren die Kiezspinne als Stadtteilzentrum und ich als direkt gewählte Abgeordnete. Erstmals kamen die Akteure aus einem Kiez – mehr als 60 Bürgerinnen und Bürger – zusammen, um sich gemeinsam mit der Bürgermeisterin, Vertretern des Berliner Verfassungsschutzes, der Polizeidirektionen, dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz, dem Mobilen Beratungsteam, den Schulen und Trägern zu beraten, was gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit getan werden kann. Eine wichtige Informationsgrundlage gaben die Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus mit entsprechenden Fotos aus dem Alltag.



Foto: info links

Die Teilnehmer nutzten ausgiebig die Möglichkeit, sich über die Ursachen rechter Gewalt und ihre vielfältigen, oft versteckten Erscheinungsformen auszutauschen. Gegenstrategien, das wurde in der Diskussion schnell klar, müssen von den Bürgern mitgetragen werden. Sie müssen außer von „Professionellen“ auch von den Bewohnern eines Kiezes entwickelt und dann gestaltet werden. Dazu müssen die im jeweiligen Kiez ansässigen Partner zusammenfinden: die Initiativen und Bürgervertretungen, Kirchen, öffentliche und freie Träger, Schulen, Polizei etc.

*Blick in das fachkundig besetzte Präsidium der Kiezkonferenz*

In der ersten Kiezkonferenz wurde verabredet, sich regelmäßig auszutauschen und gemeinsame Aktionen vor Ort zu planen. Das Stadtteilzentrum Kiezspinne hat dabei eine Schlüsselrolle zur Organisation der gemeinsamen Verständigung. Die Schulen sollen von den Trägern, der Polizei u. a. konkrete Angebote erhalten.

Das nächste Kieztreffen soll noch in diesem Jahr stattfinden. Der Lichtenberger Weg ist zur Nachahmung nur zu empfehlen.

## Zukunftskonferenz

Am 25. Mai tagte im 60. Jahr des Bestehens der Volkssolidarität die Berliner Zukunftskonferenz und beriet über die Perspektiven des größten Wohlfahrtsverbandes in den neuen Bundesländern.

In der jetzigen Zeit stellen die politischen und sozialen Rahmenbedingungen neue Herausforderungen. So gilt es, den Mitgliederverband zu stärken und das freiwillige soziale Engagement zu fördern, aber auch die sozialwirtschaftliche Tätigkeit weiterzuentwickeln. Diese Fragen bestimmten den Inhalt der Konferenz, die mit kulturellen Höhepunkten und engagierter Diskussion verlief.

Ein Gründungsmitglied sprach ein Grußwort: Werner Heilemann. Wie kommt es, dass jemand mit 20 Jahren in eine neu gegründete Organisation eintritt und ihr mit 80 immer noch treu ist? Das hat mit der Herkunft und Vergangenheit von Werner Heile-

mann zu tun. Seinen Vater, der sich im sächsischen Hartha immer für die Interessen der Kumpel eingesetzt hatte, schnappten bald die Nazis. Kein leichtes Leben für den Sohn, der selber nie die HJ-Uniform trug. Nachdem er am Ende des Krieges aus der Wehrmacht desertiert war, kehrte er in seine sächsische Heimat zurück. Der Neuanfang war schwer, wie überall. Praktische Hilfe war gefragt, damit die Menschen überlebten. Antifaschisten und humanistisch gesinnte Menschen packten zu, um das schwere Erbe des Faschismus zu überwinden und die größte Not zu lindern.

Werner Heilemann war im Herbst 1945 Jugendstadtrat in Hartha. Zu dieser Zeit rief der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Sachsen zur „Volkssolidarität gegen Wintersonot“ auf.

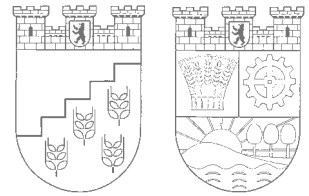
Am 24. Oktober trafen sich in Dresden Vertreter der Initiativen für Hilfe in der Not aus ganz Ostdeutschland. Sie beschlossen ein Grundsatzprogramm und gaben ihrer

Bewegung den Namen „Volkssolidarität“. Als Delegierter der Antifa-Jugend gehörte Werner zu den über 3000 Gründungsmitgliedern. Die vom Solidaritätsgedanken getragene Konferenz beeindruckte den jungen Mann sehr.

60 Jahre später stand er nun vor einer Konferenz, die über die Zukunft seines Verbandes beriet.

Ein Höhepunkt war die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Zusammenarbeit in der Seniorenpolitik zwischen ver.di Berlin und dem Landesverband der Volkssolidarität – erstmalig in der Bundesrepublik schließt eine Gewerkschaft eine solche Vereinbarung mit einem Wohlfahrtsverband des Ostens ab. Das kann auch helfen, die Volkssolidarität im Westen Berlins bekannt zu machen.

Es gilt nun, die Beschlüsse der Zukunftskonferenz mit Leben zu erfüllen – nach dem Motto der Volkssolidarität: Miteinander – Füreinander. *Inge Junginger*



## Demokratisierung der Parlamente

Über eine Tagung in São Paulo (Brasilien) berichtet Daniel Tietze

Als Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung nahm ich gemeinsam mit Dr. Jochen Franzke (Universität Potsdam) an einer internationalen Tagung am 28. und 29. April 2005 in São Paulo teil. Abgeordnete der regierenden Arbeiterpartei (PT) und internationale Experten tauschten Erfahrungen zum Thema „Demokratisierung der Parlamente“ aus. Zirka 50 Personen diskutierten über die Rolle der Legislative und die Initiativen zu ihrer internen Demokratisierung sowie über die Annäherung der Legislative an die Bevölkerung. Die Mehrheit des Publikums waren Abgeordnete aus Bundesstaaten und Kommunen oder deren Mitarbeiter aus kleineren Städten Brasiliens.

Als Kommunalpolitiker sprach ich über den Lichtenberger Weg des Bürgerhaushaltes, der Ende der 80er Jahre maßgeblich durch die PT in Brasilien eingeführt wurde

und in mehr als 100 Kommunen und einzelnen Regionen Brasiliens als Bestandteil kommunaler Demokratie angewendet wird.

In diesem Forum wurde die Unterschiedlichkeit der Ansätze von partizipativer Demokratie deutlich. Während der Lichtenberger Weg ein parteiübergreifender und von den Regierenden gewollter Prozess ist, resultiert der Bürgerhaushalt aus politischen Kämpfen der PT und vieler sozialer Bewegungen. Hinzu kommen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen des politischen Systems (Stellung und Rechte der Kommunen), der politischen Kultur (Fragmentierung des Parteiensystems), die unterschiedlichen Rollen der Zivilgesellschaft im Prozess der Initiierung von Bürgerhaushalten und nicht zu unterschätzende Unterschiede der direkt demokratischen Instrumente (Bürgerbegehren kommen in Brasilien kaum vor).

Trotz der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen für die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes konnte ich einige Erfahrungen brasilianischer Kommunen für die Lichtenberger Errichtung und Umsetzung eines Bürgerhaushalts mitnehmen. Die ver-

stärkte Begleitung des Bürgerhaushalts durch Gremien der Verwaltung und der Bürgerschaft, das Verhalten von Politik in Konfliktsituationen zwischen Kommunalvertretung und Bürgern, die konkrete Umsetzung des Anspruches von sozialer Gerechtigkeit und Transparenz bei der Realisierung des Bürgerhaushaltes sowie die Erfahrungen beim Aufbauen von Institutionen des Bürgerhaushaltes (Stadtkongress etc.) seien hier genannt. Wie weit solche Erfahrungen auf Deutschland bzw. Lichtenberg übertragbar sind, lässt sich noch nicht beantworten.

Aus Brasilien nehme ich mit, dass der Bürgerhaushalt ein offener Prozess ist, der sich auch nicht durch seine Initiatoren (PT) vereinnahmen lässt und eines langen Atems, offenen Aufeinanderzugehens und Vertrauens zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern bedarf. Die Erfahrungen jener Kommunen werde ich in meiner Arbeit aufgehen lassen und den Kontakt zu einzelnen Kommunen aufrecht erhalten, da auch brasilianische Politiker ein ernst gemeintes Interesse an deutschen Ergebnissen und Inhalten des Bürgerhaushaltes haben.

## Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

### ■ 6. Mai

Das Heimatmuseum hat zur Eröffnung einer Ausstellung über das „Städtchen“ der sowjetischen Streitkräfte in Karlshorst eingeladen. Auch unsere Gäste von der KPÖ nahmen teil. Und dann traute ich meinen Ohren kaum: Kein Wort zu den Ursachen, derentwegen die Sowjetvölker und ihre Verbündeten ungeheure Opfer bringen mussten, um uns Deutsche von der Rolle des Schicksalbringers über die europäischen Nachbarn zu befreien. Wie viele Karlshorster hatten eigentlich 1933 die NSDAP gewählt? Wie viele Nazigrößen lebten dort?

### ■ 9. Mai

Die Fraktion hat wieder beschlossen, die Steppenadler im Tierpark mit 500 Euro zu sponsern. Nachdem „unsere Adler“ im letzten Jahr zwei gesunde Junge aufgezogen haben, sieht es erneut nach einer Eiablage und Brütllust aus. Ein Beitrag im 50. Jahr des Tierparks.

### ■ 10. Mai

140 Mitglieder und auch Sympathisanten der PDS waren zu einer Beratung zur Entwicklung des Bürgerhaushalts geladen. Wir wollten über die Rolle der Genossinnen und Genossen im konkreten Handeln für eine andere Demokratie anhand eines fassli-

chen und beeinflussbaren Gegenstandes reden, stand in der Einladung. Das Erläuterungsteam war hochkarätig besetzt mit der Bürgermeisterin, mit Gesine Lötzsch, Dorothea Döring und Hendrikje Klein – alles Bürgerhaushalt-Expertinnen. Doch es kamen nur 25 Interessierte. War das eine vertane Chance?



Hendrikje Klein (links) im Gespräch

### ■ 22. Mai

Ich konnte leider nicht dabei sein, doch habe ich nur Erfreuliches über das Ortsteilfest im 110. Gründungsjahr von Karlshorst gehört. Für die gewaltige Arbeit, die eine derart anspruchsvolle Veranstaltung erfordert, gebührt wohl allen großer Dank. Besonders André Nowak, der „Org.-Sprecher“, und Stadtteilmanagerin Sabine Pöhl können stolz auf ihre Arbeit sein.

## Schwimmhalle Zingster Straße bleibt offen

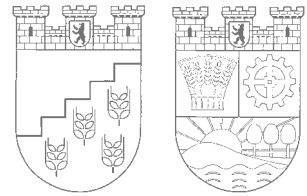
Die Berliner Bäderbetriebe schließen in diesem Jahr ihre Hallen vom 1. Mai bis zum 29. August. Die Schwimmhalle Zingster Straße bleibt aber bis zum 10. Juni sowie ab dem 15. August geöffnet. Dies ist einer Initiative der PDS-Fraktion der BVV Lichtenberg vom Oktober 2004 und dem Einsatz des Bezirksamtes, vor allem Herrn Räßler zu verdanken.

Gemeinsam mit dem Verein Aqua Preußen Berlin e.V. und der Sport AG Lichtenberg wurde ein Modell entwickelt, das dem Schul- und Vereinssport sowie dem öffentlichen Schwimmen ermöglicht, die Halle wie gewohnt zu nutzen. Vor allem dem Schulsport konnte geholfen werden. Die Alternative wären lange Anfahrtswege, hohe Kosten oder gar der Wegfall des Schwimmunterrichts gewesen. Die für diesen Fall aufzuwendenden Mittel investiert das Bezirksamt nun in das Projekt.

Das erarbeitete Modell könnte Vorbild sein, um anderen Vereinen die Möglichkeit zu geben, ihre Hallen selbst zu betreiben. Jetzt überwiegt erst einmal die Freude, dass aus einem Protest gegen die Politik der Bäderbetriebe solch ein Erfolg möglich war.

Ingeborg Görsdorf,  
Sportpolitische Sprecherin der  
PDS-Fraktion der BVV Lichtenberg





## Erfolgreich drangeblieben!

Zur erfolgreichen Wiedereinführung der Linie 27 sprach Joachim Pampel mit den „Dränglern vom Dienst“.

■ **„info links“:** Ende April endlich gab die BVG bekannt, wofür Sie alle seit Monaten streiten: Die im Dezember unterbrochene Straßenbahnverbindung zum Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge wird zum 23. Juni wieder hergestellt. Seit wann und warum war das alles notwendig?

■ **Frank-Uwe Albrecht** (PDS-Verordneter): Von August bis Oktober 2004 wurden in den Ausschüssen der BVV und im Verkehrsbeirat die Planungen des Konzeptes „BVG 2005 Plus“ beraten, das am 12. Dezember auch im Bezirk wirksam werden sollte. Hartnäckig verwarfen die BVG-Vertreter alle unsere Argumente gegen den Wegfall der alten Linie 27. Nach BVG-Angaben schmälerten die auf dieser Strecke täglich „nur“ 1090 Fahrgäste das wirtschaftliche Betriebsergebnis. Deshalb stellte ich schon einen Monat vor der offiziellen Kappung der Linie für unsere Fraktion einen Antrag in der BVV, der das Bezirksamt aufforderte, für die Wiedereinführung einer umsteigefreien Straßenbahnverbindung aus Karlshorst und Lichtenberg-Mitte zu den Einrichtungen zur Betreuung von Menschen mit Behinderungen am Evangelischen Krankenhaus einzutreten.

■ **„info links“:** Papier ist geduldig.

■ **Hiltrud Brokopf** (Behindertenbeauftragte des Bezirksamtes): Das dachten die Manager des Unternehmens wahrscheinlich auch, sonst hätten sie in ihrer ablehnenden Antwort auf ein Schreiben der Bezirksbürgermeisterin nicht gebeten, die „aus wirtschaftlichen Zwängen heraus notwendige Maßnahme gegenüber den Bezirksverordneten positiv zu kommunizieren“.

■ **Beate Oehme** (KEH-Mitarbeiterin): Und sie hatten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Bereits am Tage der Einführung des Metrolinienkonzeptes haben wir alle die gefährliche Kreuzung Rhinstraße/Allee der Kosmonauten selbst erlebt und Widerstand beschlossen. Frau Brokopf hatte dann die Idee einer Unterschriftensammlung. Anfang März konnten dem BVG-Vorstand in Gegenwart von Vertretern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung fast 2000 Kundenwidersprüche und eine umfangreiche Dokumentation übergeben werden.

■ **Frank-Uwe Albrecht:** Gleichlautende Unterlagen waren auch der Senatorin für Stadtentwicklung, Frau Inge Junge-Reyer, übermittelt worden.



Foto: Joachim Pampel

Ab 23. Juni wird hier wieder links abgeben: Frank-Uwe Albrecht, Hiltrud Brokopf, Daniel Tietze und Beate Oehme zeigen, wo's langgeht.

■ **„info links“:** Wie war die Reaktion?

■ **Beate Oehme:** Zunächst fast Null. Marketingdirektor Reinhold bot lediglich marginale Änderungen der bisherigen Haltestellensituation an. Doch da wir von Beginn an Pressevertreter für die Berichterstattung gewonnen hatten, kam die BVG immer mehr unter öffentlichen Druck, zum Beispiel auch durch die Berliner Abendschau.

■ **Frank-Uwe Albrecht:** Vermutlich kam der Stein im Umfeld einer Tagung des Ausschusses für Bauen des Abgeordnetenhauses ins Rollen.

■ **Hiltrud Brokopf:** Zu diesem Zeitpunkt war aber Ihr Alternativvorschlag in der Öffentlichkeit schon angenommen. Danach sollten die zwischen Allee der Kosmonauten und Gehrenseestraße ungenügend ausgelasteten Verstärkerzüge der Metro-Linie 17 ab Allee der Kosmonauten/Rhinstraße wieder im Zuge der ehemaligen Linie 27 verkehren können – vorausgesetzt, dass sie mit behindertengerechten Zügen fährt.

■ **„info links“:** Wie es schließlich auch gekommen ist.

■ **Frank-Uwe Albrecht:** Fast. Am 28. April 2005 teilte BVG-Pressesprecherin Petra Reetz unserer Fraktion mit: Ab 23. Juni wird die Linie zwischen Bahnhof Schöneweide via Tierpark, Rhinstraße/Allee der Kosmonauten und Bahnhof Lichtenberg täglich zwischen 8 und 18 Uhr alle 20 Minuten fah-

ren. Das war ein beachtlicher Fortschritt. Unklar ist noch, ob und wie jene, die zu den Einrichtungen für behinderte Menschen in der Herzbergstraße und weiter fahren, den Umstieg an der Haltestelle KEH bewältigen können.

■ **Beate Oehme:** Wie am ersten Tag der abgehängten Linie 27 wollen wir auch am ersten Tag der wiedereingeführten Linie 27 am 23. Juni 2005 gemeinsam mit hundert betroffenen Patienten, Betreuern und Gästen „die „neue“ Situation praktisch erproben. Auch die Presse und andere Unterstützer wie Interessierte laden wir zur gemeinsamen Probefahrt ab 10 Uhr vom Bahnhof Karlshorst zum Bahnhof Lichtenberg ein.

## Nur die PDS war da

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit Lichtenberg/Hohenschönhausen hatte am 24. Mai zu einem Mitgliederforum eingeladen. Thema war „Die Reform der sozialen Sicherungssysteme und der Kampf um soziale Gerechtigkeit“, dargestellt am massiven Sozialabbau und Hartz IV durch Professor Ernst Bienert und die DGB-Vertreterin Petra Mayer. Von den geladenen Politikern aus dem Bezirk war nur die PDS durch Gesine Löttsch vertreten. Viele Diskussionssteilnehmer wiesen auf die „Agenda sozial“ der PDS als Alternative zum gegenwärtigen Sozialraub hin. Dem Bündnis gehören 11 Vereine und Verbände an, darunter die Gewerkschaften. jg

## Die Wahlen und die Fraktion

Ein Gespräch mit Uwe Doering, Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus

■ „**info links**“: Alle Parteien begrüßen Neuwahlen. Die PDS auch. Warum?

■ **Uwe Doering**: Noch-Bundeskanzler Gerhard Schröder will die vorgezogenen Neuwahlen zur Abstimmung über Hartz IV machen, und das machen wir gern. Er hätte es nur schon tun sollen, bevor Hartz IV durchgepeitscht wurde. Außerdem braucht der Bundestag lieber heute als morgen eine starke linke Opposition, die nahtlos, aber mit allen Rechten einer Fraktion an das anknüpft, was Gesine Löttsch und Petra Pau an grundsätzlicher und konstruktiver Oppositionsarbeit geleistet haben.

■ „**info links**“: Haben die Neuwahlen auf die Projektplanung der Fraktion Einfluss?

■ **Uwe Doering**: Es ist zunächst günstig, dass Berlin- und Bundeswahlen getrennt stattfinden, denn dann können wir den Berlinwahlkampf vorrangig mit Berlinthemen gestalten. Aber natürlich müssen wir im Sinne des Bundestagswahlkampfes die Prioritäten neu ordnen. Erstens werden wir uns besonders darauf konzentrieren, alle Projekte, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen, in die Politik einzubringen. Das betrifft zuerst weitere verbessernde Maßnahmen für die Hartz-IV-Betroffenen. Hier werden wir in Berlin – nachdem die ersten Erfahrungen vorliegen – unsere Bemühungen vor allem darauf richten, die Bürokratie weiter einzudämmen und die Betreuungsqualität zu verbessern. Dann geht es um nachhaltig wirksame Schritte zur Förderung von Arbeitsplätzen. Wir haben ja bereits begon-



nen, die Kreditbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe deutlich zu erleichtern. Jetzt geht es darum, dass die lokale Wirtschaft schnell und unkompliziert an Fördertöpfe – vor allem der EU – kommt, dass ihre Anliegen durch die Landes- und Bezirksverwaltungen schnell und aus einer Hand bearbeitet werden. Es geht auch um die Zukunft der öffentlichen Unternehmen, vor allem der BVG. Wir wollen sie erhalten, wir wollen den öffentlichen Verkehrsauftrag auch weiterhin an sie vergeben, müssen aber alles dafür tun, dass die BVG wirtschaftlich wird. Das ist zuweilen mit Härten verbunden, aber es ist ein Zukunftskonzept für tausende von Arbeitsplätzen, während andere Parteien stark damit liebäugeln, diesen großen Arbeitgeber zu zerschlagen. Und wir haben mit dem Beschluss des letzten Landesparteitages eine klare Orientierung, um wirksame Schritte in Problembezirken zu gehen, vor allem die Konzentration vieler spezieller Mittel zu einem Fonds „Soziale Stadt“.

■ „**info links**“: Gibt es weitere Prioritäten?

■ **Uwe Doering**: Das zweite große Thema ist der Bildungsbereich – also die Erweiterung der gemeinsamen Schulzeit, der weltanschaulich neutrale Werteunterricht mit seiner interkulturellen Ausrichtung sowie erweiterte Integrationsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Und drittens natürlich der gesamte Komplex der direkten und partizipativen Demokratie sowie der zivilgesellschaftlichen Selbstverantwortung. Hier wollen wir nun endlich die Projekte zu Ende bringen, die namentlich durch unsere Initiative an-

10. Mai, Bebelplatz: Bürger lesen Texte von Autoren, deren Werke hier 1933 von den Nazis verbrannt worden waren. Mitveranstalterin war die PDS-Fraktion.

gegangen wurden. Allerdings gibt es aus der Wirtschaft, von der CDU und aus einigen Bezirken harten Widerstand gegen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

■ „**info links**“: Wie wird sich die Fraktion im Wahlkampf engagieren?

■ **Uwe Doering**: Für den Wahlkampf wird es eine Urlaubssperre geben. Nicht wenige von uns, die bundespolitische Verantwortung für bestimmte Politikfelder tragen, werden an den programmatischen Aussagen mitwirken. Die Fraktion wird konzentriert thematische Materialien herausgeben. Die oben genannten Prioritäten sind auch mit einer besonderen Verantwortung der Lichtenberger Abgeordneten verbunden, weil die Sozial- und Gesundheitspolitik, Migrations-, Flüchtlings- und Demokratiefragen das spezielle Politikfeld dieser Abgeordneten sind. Und natürlich sind alle Abgeordneten angehalten, sich direkt vor Ort zu engagieren – an Ständen, bei Veranstaltungen oder in Gesprächsrunden. Wir müssen diese Chance, wieder als Fraktion in den Bundestag einzuziehen, zur persönlichen Angelegenheit jedes Fraktionsmitgliedes machen. So haben z. B. alle Abgeordneten aus Lichtenberg vereinbart, alles hinter der Aufgabe zurückzustellen, dass Gesine Löttsch ihr Direktmandat wieder gewinnt und dass die PDS ein starkes Zweitstimmenergebnis und so also eine starke Fraktion bekommt.

### Ladet uns ein!

Gern kommen wir zu aktuellen Fragen der Gesellschaftspolitik sowie der PDS in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen. Einfach anrufen!

#### So sind wir zu erreichen:

- K. Hopfmann: 2325 2596 (Abgeordnetenhaus – AGH)
- G. Löttsch, MdB: 2277 1787 (Bundestag), 9927 0725 (Wahlkeisbüro)
- St. Schulze: 2325 2580 (AGH)
- I. Simon: 2325 2587 (AGH) oder 784 87 83 (privat)
- G. Sayan: 2325 2597 (AGH)
- P. Zotl: 2325 2553 (AGH), 9240 8766 (privat) oder 0151-1560 2356 (Handy)

## Mehr Linke ins Parlament!

Von Gesine Löttsch

Nach der dramatisch verlorenen Wahl in NRW hat Bundeskanzler Schröder im Handstreich Neuwahlen angekündigt. Ich las, dass selbst eine stellvertretende Vorsitzende der SPD erst aus dem Fernsehen davon erfuhr. Die Grünen sind sauer, und auch in der SPD-Fraktion gibt es Gegrummel. Wenn es beim Zeitplan bleibt, wird die Wahl am 18. September stattfinden.

Ich glaube, es ist eine gute Chance für die Linke in Deutschland, den Menschen soziale Alternativen anzubieten. Die mediale Aufmerksamkeit ist im Augenblick auf die greifbar nahe Kooperation zwischen der PDS und der WASG gerichtet. Der Wunsch nach einer gemeinsamen starken Linkspartei bewegt viele Menschen. Innerhalb von wenigen Tagen eine gemeinsame Partei zu gründen, wird schwierig. Juristisch besteht zwar die Möglichkeit, beide Parteien aufzulösen und eine Neugründung zu vollziehen. Das hielte ich aber für ein Spiel mit dem Feuer. Darum war ich sehr froh, als Lothar Bisky am 26. Mai klarstellte, dass er gegen eine Auflösung der PDS ist. So etwas geht nicht ohne Urabstimmung. Der beste Weg wäre, wenn WASG-Kandidaten auf offenen Listen der PDS kandidierten.

### Nur eine Korrektur

Wer Gesine Löttsch in diesen Tagen sprechen wollte, konnte das – trotz Kleinen Parteitags, unzähliger Wahlkampfberatungen und der Bundestagsarbeit – am 28. Mai bei den Jugendkulturtagen in Lichtenberg, am 29. Mai beim Sportfest der TuS Hohenschönhausen, am 31. Mai im Kulturhaus Aue. Am 3. Juni ist sie beim Forum Sozialer Träger in Lichtenberg, dann auf der Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Weimar. Am 4. Juni kann man sie beim Fußballturnier im Hans-Zoschke-Stadion, beim Solidaritätslauf der Alexander-Puschkin-Oberschule und am 11. Juni am Infostand vor dem Ring-Center treffen.

Nur eine einzige Korrektur musste Gesine Löttsch vornehmen: Am 6. Juni sollte sie im Nachbarschaftshaus Am Berl zum Thema „Noch ein Jahr fraktionslos im Bundestag“ sprechen. Hier haben die Ereignisse ein neues Thema erzwungen. Aber darüber ist niemand traurig ...

SPD und Grüne waren 1998 zur Wahl angetreten, um die Gerechtigkeitslücke in diesem Land zu schließen. Dafür wurden sie gewählt. Inzwischen ist Hartz IV zum Synonym für soziale Ungerechtigkeit und Demütigung geworden. Eine stärkere linke Fraktion wird alles dafür tun, um Schritt für Schritt mehr Gerechtigkeit zu erkämpfen. Dazu gehören die deutliche Anhebung der Mindestbeträge, die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten und die Verbesserung der Regelungen für ältere Arbeitslose.

Petra Pau und ich haben im Bundestag in zahlreichen Fragen immer wieder auf die Situation von Arbeitslosengeld-II-Empfängern hingewiesen. Nach erfolgreicher Wahl können wir noch wesentlich stärker nachbohren: in allen (!) zuständigen Ausschüssen, mit eigenen Gesetzesvorlagen und Beschlussanträgen. Sicher mache ich mir nicht die Illusion, dass es sofort zu einschneidenden Verbesserungen kommen wird. Da wir aber selbst zu zweit durch unsere Nachfragen bei der Bundesregierung konkret helfen konnten, setze ich große Hoffnungen in eine Fraktion.

Was, Sie kommen noch zu unserer Veranstaltung, müssen Sie jetzt nicht Wahlkampf machen? Diese Frage wurde mir in den letzten Tagen bereits mehrmals gestellt. Ich bemühe mich, alle Termine, die ich zugesagt habe, auch einzuhalten. Es wird hoffentlich nur ganz wenige Ausnahmen geben.

### Unsere Sprechstunden

- **K. Hopfmann:** 27.6., 16.30 Uhr, Bürgerinitiative, Liebenwalder Straße 18
- **G. Löttsch, MdB:** 14.6., 17 Uhr, Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Str. 5
- **St. Schulze:** 20.6., 17 Uhr, Kiezspinne
- **I. Simon:** 22.6., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5
- **G. Sayan:** 8.6., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin B. Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **P. Zoti:** 8.6., Abgeordnetenhaus, sowie 29.6., Wahlkreisbüro Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5, jeweils 17 Uhr

Alle Abgeordneten bieten während der Urlaubszeit Termine nach Vereinbarung an.

*Gesine Löttsch ist immer „vor Ort“. Und immer gibt es als „Zugabe“ zum Gespräch einen roten Apfel. Die Äpfel stammen übrigens ausschließlich aus Brandenburger Anbaugebieten. Eine „Fördermaßnahme Ost“ sozusagen, die sich wohltuend und konkret vom sonstigen allgemeinen und folgenlosen Palaver abhebt ...*

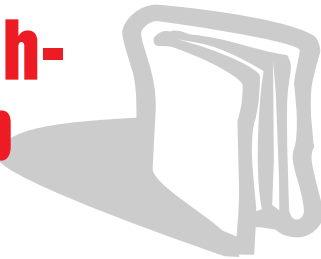


Foto: Burkhard Lange, ND





## Buch-Tipp



### Uniformierte Spione

Ob in der DDR oder der BRD: Briten, Franzosen, Amerikaner und Sowjets spionierten in der Nähe von Kasernen der ehemaligen Verbündeten, der NVA und der Bundeswehr, bis 1990 die alliierten Besatzungsrechte aufgehoben wurden. Für die Männer in den olivgrünen Limousinen und Jeeps war alles interessant, was mit Militär zu tun hatte.

Klaus Behling untersuchte in jahrelanger Kleinarbeit dieses Phänomen der Nachkriegszeit. Mit seinem neuen Buch „Spione in Uniform“ lüftet er jetzt den Schleier des Geheimnisvollen. Die Alliierten Militärmissionen wurden auf Vorschlag des sowjetischen Marschalls

Shukow gegründet. In zweiseitigen Verträgen mit den Briten, Franzosen und Amerikanern wurden solche Fragen wie Exterritorialität der Missionen, die diplomatische Immunität, die unbeschränkte Bewegungsfreiheit der Missionsangehörigen, ihre Steuerfreiheit, die besondere Kennzeichenpflicht der insgesamt über 65 Fahrzeuge (allein in der DDR) geregelt. Die Offiziere und Soldaten durften ihre Uniformen tragen und waren unbewaffnet. Die Deutschen hatten kein Einspruchs- und Kontrollrecht. Briten und Franzosen waren in Potsdam, die Amerikaner in Neufahrland bei Potsdam stationiert; die sowjetischen Missionen in Frankfurt/Main, Baden-Baden und Bünde. Behling berichtet wertneutral. Das Buch ist locker und spannend geschrieben und sei vor allem jungen Lesern empfohlen. *Franz-Karl Hitzte*

- Klaus Behling: „**Spione in Uniform/ Die Alliierten Militärmissionen in Deutschland**“, Verlag Hohenheim, Stuttgart 2004, 328 Seiten, 19,90 €, ISBN 3-89850-121-3

## 10 Jahre „Rock für Links“

„Rock für Links – Rechts die Vorfahrt nehmen“: PDS und [solid]-Lichtenberg feiern zum zehnten Mal ihr legendäres Rockfestival. Neben viel guter Musik stehen u. a. Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und PDS-Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch Rede und Antwort. Es wird die von jungen Antifaschisten erstellte Ausstellung „Motiv Rechts II“ über rechtsextreme Partei- und Jugendstrukturen in Lichtenberg zu sehen sein. Wir wollen mit dieser Veranstaltung ein Zeichen für eine demokratische und antirassistische Jugendkultur in Lichtenberg setzen, Menschen über konkretes Handeln gegen Rechtsextremismus informieren und in diesem Sinne Rechts die Vorfahrt nehmen. *Daniel Tietze*

18. Juni

16–22 Uhr



Parkau Lichtenberg

S- und U-Bahn → Frankfurter Allee, Tram M13 und 16 → Rathaus Lichtenberg

## Veranstaltungen

- **Freitag, 3.6., 11–14 Uhr**  
„Erste Erfahrungen beim Einsatz der Instrumente kommunaler Beschäftigungspolitik unter Hartz IV in Lichtenberg“, mit dem Forum Sozialer Träger in Lichtenberg und Dr. Steffi Schulze, MdA; „Undine“, Hagenstraße 53
- **Sonntag, 4.6., ab 10 Uhr**  
ND-Pressfest, Alt-Stralau 2
- **Sonntag, 4.6., 10 Uhr**  
„Run for Help“ der Alexander-Puschkin-Oberschule – Solidaritätslauf für die Partnerschule in Maputo; Stadion Friedrichsfelde, Zachtstraße 50
- **Montag, 6.6., 19.30 Uhr**  
„Noch fraktionslos im Deutschen Bundestag ...“ mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Nachbarschaftshaus Am Berl 8–10
- **Montag, 6.6., 19 Uhr\***  
„Das Rentenkonzept der PDS“, Sprecherrat Friedrichsfelde, mit Dr. Steffi Schulze, MdA
- **Dienstag, 7.6., 17 Uhr**  
„Die PDS in Regierungsverantwortung in Berlin – Erfahrungen und Perspektiven“, mit Dr. Steffi Schulze, MdA; „Undine“, Hagenstraße 53
- **Dienstag, 7.6., 18.30 Uhr**  
„Betrachtungen nach der Landtagswahl in NRW“, MV mit Christoph Nitz (ND), Georg-Förster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60
- **Dienstag, 7.6., 19 Uhr**  
„Die Bundestagswahl 2005 und die Chance für eine andere Politik der sozialen Alternativen“, Bürgerforum mit Wolfgang Gehrcke; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonntag, 11.6., 11–13 Uhr**  
Infostand der PDS Lichtenberg; Ring-Center II
- **Montag, 13.6., 19 Uhr**  
„Erfahrungen kommunaler Beschäftigung“, Podiumsdiskussion mit Heidi Knake-Werner, Gesine Löttsch, Steffi Schulze; Rathaus Friedrichshain-Kreuzberg, Frankfurter Allee 35/37
- **Sonntag, 18.6., 10 Uhr**  
Aktivtagung der PDS Berlin zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes; Energie-Forum, Stralauer Platz 34
- **Sonntag, 19.6., 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Das demographische Problem des 21. Jahrhunderts“, mit Prof. Parwez Khalatbaris
- **Mittwoch, 22.6., 18.30\*\* Uhr**  
Beratung mit den Wahlkreisaktiven

\* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

\*\* Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

## Info links

**Herausgeber:**  
PDS-Bezirksverband Lichtenberg  
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

**Adresse der Redaktion:**  
Geschäftsstelle der PDS  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

**Telefon:** 030/512 20 47  
**Fax:** 030/51 65 92 42

**E-mail:** lichtenberg@pds-berlin.de  
**Web:** www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

**Redaktionsschluss:** 30.5.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 6/2005:  
12.7. und 26.7.2005, jeweils 16 Uhr  
Redaktionsschluss für Ausgabe 6/05: 25.7.2005  
Die nächste Ausgabe erscheint am 4.8.2005.

**Druck:** Druckerei Bunter Hund  
**Gestaltung:** Jörg Rückmann  
**Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.**